

Carlo Schmidt

Die Zuordnung von Arbeitnehmern durch
Direktionsrecht als Umgehungsmaßnahme
im Betriebsübergang



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln

Prof. Dr. Martin Franzen, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard), Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Clemens Höpfner,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Abbo Junker, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Schüren, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Katharina Uffmann, Ruhr-Universität Bochum

Band 82

Carlo Schmidt

Die Zuordnung von Arbeitnehmern durch
Direktionsrecht als Umgehungsmaßnahme
im Betriebsübergang



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, FU, Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6553-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-0639-1 (ePDF)

D 188

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin im Wintersemester 2019/2020 als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 13. November 2019 statt. Für die Veröffentlichung konnten Literatur und Rechtsprechung weitestgehend bis Februar 2020 berücksichtigt werden.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard), danke ich für die hervorragende Betreuung des Promotionsvorhabens. Bei Herrn Professor Dr. Florian Rödl (M.A.) bedanke ich mich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Den Herausgebern der Schriftenreihe „Studien zum deutschen und europäischen Arbeitsrecht“ danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit.

Schließlich danke ich allen Personen in meinem privaten und beruflichen Umfeld, die zum Gelingen meines Promotionsvorhabens beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern, ohne deren Unterstützung diese Arbeit nicht entstanden wäre.

Hamburg, im Februar 2020

Carlo Schmidt

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	25
I. Bedeutung des Betriebsübergangsrechts	25
II. Anlass der Untersuchung	29
III. Untersuchungsgegenstand	38
IV. Gang der Untersuchung	40
B. Grundlagen des Betriebsübergangs und der Zuordnung von Arbeitnehmern	42
I. Entstehungsgeschichte des Betriebsübergangsrechts in der BRD	42
II. Europarechtliche Vorgaben zum Betriebsübergangsrecht	50
III. Anwendungsfälle des § 613a BGB	58
IV. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen von § 613a BGB	58
V. Grundsätze der Zuordnung von Arbeitnehmern im Betriebsübergang	65
C. Gesetzesumgehungen im Betriebsübergangsrecht	90
I. Das allgemeine Verbot der Gesetzesumgehung	90
II. § 613a Abs. 4 BGB als spezialgesetzliches Umgehungsverbot im Betriebsübergangsrecht	103
III. Fallgruppen der Tatbestandsvermeidung und Gesetzesumgehung im Betriebsübergang	127
D. Die Zuordnung von Arbeitnehmern als Umgehungsmaßnahme in der Literatur	149
I. Die Ansicht von Elking	149
II. Die Ansicht von Lunk	153

Inhaltsübersicht

III. Die Ansicht von Annuß	159
IV. Die Ansicht von Thienemann	164
V. Weitere Ansichten	166
VI. Ergebnis	173
E. Eigener Lösungsansatz	177
I. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen einer Zuordnung	179
II. Schutzzweckbezogene Betrachtung einseitiger Zuordnungsmaßnahmen im Hinblick auf § 613a Abs. 4 BGB	181
III. Rechtsfolgenuntersuchung bei Verstoß gegen § 613a Abs. 4 BGB durch Zuordnungsmaßnahmen	221
IV. Anwendung auf Sachverhalt der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 21. Februar 2013 (8 AZR 877/11)	239
F. Folgen für die arbeitsrechtliche Praxis und mögliche Handlungsalternativen	241
I. Praktische Handlungsempfehlungen	241
II. Handlungsalternativen zur einseitigen Zuordnung durch Direktionsrecht	245
G. Fazit	266
Literaturverzeichnis	269

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	25
I. Bedeutung des Betriebsübergangsrechts	25
II. Anlass der Untersuchung	29
1. Zuordnungsmaßnahmen im Betriebsübergang	30
2. Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 21. Februar 2013 (8 AZR 877/11)	32
a) Sachverhalt	32
b) Entscheidung	33
c) Reaktionen in der Literatur	34
d) Verhältnis zu der bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	36
III. Untersuchungsgegenstand	38
IV. Gang der Untersuchung	40
B. Grundlagen des Betriebsübergangs und der Zuordnung von Arbeitnehmern	42
I. Entstehungsgeschichte des Betriebsübergangsrechts in der BRD	42
1. Rechtliche Situation vor Einführung von § 613a BGB	42
2. Einführung von § 613a BGB	46
a) Die gesetzliche Regelung des § 613a BGB	46
b) § 571 BGB a. F. als legislatorisches Vorbild	47
3. Regelungsziele des § 613a BGB aus gesetzgeberischer Sicht	48
a) Gewährung von Bestandsschutz als zentraler Gesetzeszweck	48
b) Weitere Gesetzeszwecke	50
II. Europarechtliche Vorgaben zum Betriebsübergangsrecht	50
1. Rechtsentwicklung im Europarecht	50
2. Vorgaben der Richtlinie 2001/23/EG und der Vorgängerrichtlinie 77/187/EWG	51
a) Umsetzung in nationales Recht	51

Inhaltsverzeichnis

b) Neukodifizierung der Richtlinie 77/187/EWG durch die Richtlinie 2001/23/EG	52
3. Regelungsziele der Richtlinie 2001/23/EG und der Vorgängerrichtlinie 77/187/EWG	53
a) Ökonomische Regelungsziele	53
b) Rechtliche und soziale Regelungsziele	53
c) Ziel eines „gerechten Ausgleichs“?	55
4. Bedeutung der europarechtlichen Vorgaben für Auslegung und Anwendung von § 613a BGB	56
III. Anwendungsfälle des § 613a BGB	58
IV. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen von § 613a BGB	58
1. Vorliegen eines Betriebs bzw. Betriebsteils	59
2. Identitätswahrender Übergang	60
3. Wechsel des Betriebsinhabers	61
4. Übergang durch Rechtsgeschäft	62
5. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs	62
a) Überblick	62
b) Zwingende Natur der Rechtsfolgen	64
V. Grundsätze der Zuordnung von Arbeitnehmern im Betriebsübergang	65
1. Das Recht des Arbeitgebers zur Zuordnung und Versetzung von Arbeitnehmern im Individualarbeitsrecht	65
a) Begriff der Versetzung	66
b) Begriff der Zuordnung	67
c) Verwendung der Begriffe im Rahmen dieser Arbeit	67
2. Allgemeine Grundsätze der Zuordnung von Arbeitnehmern durch Direktionsrecht	67
a) Konkretisierung des Inhalts des Arbeitsverhältnisses	68
b) Verhältnis zu Änderungskündigung und Vertragsänderungsvereinbarung	70
c) Ausübungskontrolle nach § 106 S. 1 GewO	72
d) Soziale Auswahl bei betriebsbedingten Versetzungsmaßnahmen	73
e) Betriebliche Mitbestimmung nach § 99 BetrVG	74
3. Zuordnung von Arbeitnehmern im Rahmen von § 613a BGB	75
a) Keine gesetzlichen Zuordnungsregelungen	77

aa)	Keine Bestimmung der übergelenden Arbeitsverhältnisse durch § 613a BGB	77
	(i) Wortlaut des Gesetzes	77
	(ii) Teleologische Auslegung	78
	(iii) Historische Auslegung	78
	(iv) Systematische Auslegung	79
bb)	Europarechtliche Vorgaben	80
cc)	Orientierung an der Betriebszugehörigkeit nach anderen Gesetzen	80
	(i) Betriebszugehörigkeit nach dem BetrVG	80
	(ii) Betriebszugehörigkeit nach dem KSchG	81
b)	Dreistufenprüfung	83
aa)	Erste Stufe: Vorrang einer einvernehmlichen Zuordnungsregelung	83
bb)	Zweite Stufe: Einseitige Zuordnung durch Direktionsrecht	85
	(i) Maßstab des § 106 GewO	85
	(ii) Beschränkungen der einseitigen Zuordnungsmacht	86
cc)	Dritte Stufe: Zuordnung anhand objektiver Umstände	87
	(i) Anpassung an Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes	87
	(ii) Objektive Kriterien für Eingliederung in Betriebsorganisation	88
	(iii) Objektiv nicht zuzuordnende Arbeitsverhältnisse	88
C.	Gesetzesumgehungen im Betriebsübergangsrecht	90
I.	Das allgemeine Verbot der Gesetzesumgehung	90
1.	Voraussetzungen einer Gesetzesumgehung	92
a)	Vorliegen von zwingendem Recht	93
b)	Objektiver Umgehungstatbestand	93
c)	Relevanz einer Umgehungsabsicht	94
d)	Ergebnis	95
2.	Eliminierung einer Gesetzesumgehung	96
a)	Tatbestandserweiternde Auslegung oder Analogie	97
b)	Gegenüberstellung von teleologischer Extension und Analogie	98
aa)	Teleologische Extension	99

Inhaltsverzeichnis

bb) Analogie	100
c) Anwendung von teleologischer Extension und Analogie auf Umgehungs Sachverhalte im Einzelfall	101
II. § 613a Abs. 4 BGB als spezialgesetzliches Umgehungsverbot im Betriebsübergangsrecht	103
1. § 613a Abs. 4 BGB als Kündigungsverbot	104
a) Kündigung „wegen“ Betriebsübergangs	104
aa) Objektives Tatbestandsmerkmal: „Greifbare Formen“ eines Betriebsübergangs	106
(i) Vorliegen von greifbaren Formen	106
(ii) Objektiv bevorstehender Betriebsübergang als unzureichendes Differenzierungskriterium	107
bb) Subjektives Tatbestandsmerkmal: Betriebsübergang als wesentliches Motiv	108
(i) Vorrang des Bestandsschutzes bei Kündigungen wegen Betriebsübergangs	109
(ii) Der Betriebsübergang als wesentliches Motiv	109
cc) Möglichkeit der Kündigung bei Vorliegen eines sachlichen Grundes	111
(i) Herleitung des Sachgrundkriteriums bei der Prüfung einer Gesetzesumgehung im Arbeitsrecht	112
(ii) Übernahme durch die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung	113
(iii) Kodifizierung des Sachgrundkriteriums in § 613a Abs. 4 S. 2 BGB	114
(iv) Anforderungen an Sachgrund	115
b) Darlegungs- und Beweislast	115
2. § 613a Abs. 4 BGB als umfassendes betriebsübergangsrechtliches Umgehungsverbot	116
a) Herleitung	117
b) Dogmatik der Anwendung von § 613a Abs. 4 BGB auf andere Maßnahmen als Kündigungen	118
aa) Vorrang der teleologischen Extension	119
bb) Regelungslücke als Argument für analoge Anwendung von § 613a Abs. 4 BGB	119
cc) Ergebnis	120
c) Voraussetzungen der Anwendung von § 613a Abs. 4 BGB als Umgehungsverbot	121

3. Rechtsfolgen bei Eingreifen des Kündigungs- und Umgehungsverbot	122
a) Teilweise Anwendung von § 134 BGB	122
b) Stellungnahme	124
aa) Anwendung von § 134 BGB wegen Abstellens auf § 613a Abs. 1 BGB als umgangene Norm	124
bb) § 613a Abs. 4 S. 1 BGB als tatsächlich umgangene Norm	125
c) Ergebnis	126
III. Fallgruppen der Tatbestandsvermeidung und Gesetzesumgehung im Betriebsübergang	127
1. Einwirkung auf Tatbestandsebene	128
a) Übernahme einzelner Betriebsmittel	128
b) Zerschlagung der bestehenden wirtschaftlichen Einheit	128
c) Stilllegung des Betriebs oder Betriebsteils	130
d) Änderungen von Zweck und Tätigkeit des Betriebs	131
e) Stellungnahme	132
2. Einwirkung auf Rechtsfolgenebene	134
a) Abschluss von Aufhebungsverträgen	135
aa) Lemgoer Modell	135
bb) Einschaltung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft	136
cc) Kritik	138
b) Kündigungen aufgrund eines unternehmerischen Konzepts	139
aa) Kündigungen nach Veräußererkonzept	140
bb) Kündigungen nach Erwerberkonzept	141
c) Änderungsvereinbarungen bezüglich des Arbeitsvertragsinhalts	142
aa) Rechtsprechung	142
bb) Kritik	145
d) Stellungnahme	145
3. Systematische Einordnung von Zuordnungsmaßnahmen als möglicher Umgehungstatbestand	147
D. Die Zuordnung von Arbeitnehmern als Umgehungsmaßnahme in der Literatur	149
I. Die Ansicht von Elking	149
1. Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	149

Inhaltsverzeichnis

2. Stellungnahme	151
a) Keine Berücksichtigung einer Weiterbeschäftigungsmöglichkeit bei dem Veräußerer	151
b) Keine umfassende Veränderungssperre durch § 613a Abs. 4 BGB in Bezug auf den funktionellen Arbeitsplatz	152
c) Entsprechende Anwendung der Grundsätze der Veräußererkündigung nach Erwerberkonzept	153
II. Die Ansicht von Lunk	153
1. Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	153
a) Anwendung des Maßstabs von § 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG bei Zuordnung in übergehende Einheit	154
b) Anwendung des Maßstabs von § 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG bei Zuordnung in nicht übergehende Einheit	155
2. Stellungnahme	156
a) Anwendung des Maßstabs von § 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG bei Zuordnung in übergehende Einheit	157
b) Anwendung des Maßstabs von § 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG bei Zuordnung in nicht übergehende Einheit	158
III. Die Ansicht von Annuß	159
1. Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	159
2. Stellungnahme	161
a) Keine Möglichkeit der wirksamen Zuordnung bei fehlender Weiterbeschäftigungsmöglichkeit im Veräußererbetrieb	162
b) Differenzierung nach „ernst gemeinten“ Zuordnungen	163
IV. Die Ansicht von Thienemann	164
1. Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	164
2. Stellungnahme	165
V. Weitere Ansichten	166
1. Die Ansicht von Gentges	167
a) Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	167
b) Stellungnahme	168
2. Die Ansicht von Müller und Thüsing	169
a) Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	170
b) Stellungnahme	170
3. Die Ansicht von Hausch	171
a) Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	172
b) Stellungnahme	172

4. Die Ansicht von Müller-Glöge und Kreitner	172
a) Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen	173
b) Stellungnahme	173
VI. Ergebnis	173
1. Berücksichtigung allgemeiner Anforderungen an wirksame Versetzung	174
2. Betriebsübergangsnähe als Voraussetzung für Anwendung von § 613a Abs. 4 BGB	174
3. Differenzierung nach Zuordnung in übergehende oder nicht übergehende Einheit	174
4. Differenzierung nach Bestehen einer Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	175
5. Prüfung eines Sachgrundes für die Zuordnungsmaßnahme	175
E. Eigener Lösungsansatz	177
I. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen einer Zuordnung	179
1. Kein Verstoß der Zuordnung gegen Regelungen in Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung und Arbeitsvertrag	179
2. Wahrung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats im Rahmen von Versetzungen (§ 99 BetrVG)	180
II. Schutzzweckbezogene Betrachtung einseitiger Zuordnungsmaßnahmen im Hinblick auf § 613a Abs. 4 BGB	181
1. Schutz des Bestands des Arbeitsverhältnisses	182
a) Durch § 613a BGB geschützte Rechtsposition	182
b) Beeinträchtigung durch Zuordnungsmaßnahme	182
aa) Unmittelbare Beeinträchtigung	183
bb) Relevanz einer mittelbaren Beeinträchtigung	183
c) Ergebnis	184
2. Schutz des Arbeitsplatzes in inhaltlicher Ausgestaltung	184
a) Durch § 613a BGB geschützte Rechtsposition	184
aa) Erörterungen zum Begriff des Arbeitsplatzes	185
(i) Verfassungsrechtliche Definition des Arbeitsplatzes	185
(ii) Verwendung des Begriffs des Arbeitsplatzes in arbeitsrechtlichen Regelungen	186
bb) Der Arbeitsplatzbegriff im Betriebsübergangsrecht	187
(i) Arbeitsplatz als Synonym zum Arbeitsverhältnis	187

Inhaltsverzeichnis

(ii) Arbeitsplatz als funktionelle Beschreibung des Aufgaben- und Tätigkeitsbereichs	188
cc) Schutz des Arbeitsplatzes in inhaltlich-funktioneller Hinsicht	188
(i) Unterscheidung zwischen Inhalt des Arbeitsverhältnisses und funktionellem Arbeitsplatz	189
(ii) Inhaltsschützende Dimension von § 613a BGB hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses	190
(iii) Inhaltsschützende Dimension von § 613a BGB hinsichtlich des funktionellen Arbeitsplatzes	191
(iv) Ergebnis	196
b) Beeinträchtigung durch Zuordnungsmaßnahme	197
3. Schutz des Gleichlaufs von Arbeitsverhältnis und Arbeitsplatz	197
a) Durch § 613a BGB geschützte Rechtsposition	198
b) Beeinträchtigung durch Zuordnungsmaßnahme	198
aa) Abstellen auf unternehmerische Planung im Zeitpunkt der Zuordnung	199
bb) Verortung des funktionellen Arbeitsplatzes	199
(i) Verortung des funktionellen Arbeitsplatzes bei Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	200
(ii) Verortung des funktionellen Arbeitsplatzes bei fehlender Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	203
c) Überprüfung des Lösungsansatzes anhand praktischer Beispiele	204
aa) Zuordnung aus übergehender in nicht übergehende Einheit	204
(i) Bestehen einer Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	205
(ii) Keine bestehende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	206
(iii) Sonderfall: Fehlende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit in der nicht übergehenden Einheit bei nachträglicher Fortführung des Arbeitsplatzes in der übergehenden Einheit	209
bb) Zuordnung aus nicht übergehender in übergehende Einheit	210

cc)	Zuordnung zwischen mehreren, auf verschiedene Rechtsträger übergehenden Einheiten	211
d)	Ergebnis	213
e)	Sachliche Gründe im Sinne von § 613a Abs. 4 S. 2 BGB für die Beeinträchtigung des Gleichlaufs von Arbeitsverhältnis und Arbeitsplatz	213
aa)	Zuordnungen aus Kostenerwägungen	214
(i)	Orientierung an Maßstäben zur Druckkündigung	214
(ii)	Übertragung auf betriebsübergangsnahen Zuordnungen	216
bb)	Qualifikationsbezogene Personalauswahl	216
(i)	Geänderte fachliche Anforderungen an Arbeitsplatzinhaber	217
(ii)	Orientierung an Ablehnungsgrund der fehlenden Qualifikation bei kündigungsrechtlichem Wiedereinstellungsanspruch	218
cc)	Ergebnis	219
4.	Zusammenfassung	220
III.	Rechtsfolgenuntersuchung bei Verstoß gegen § 613a Abs. 4 BGB durch Zuordnungsmaßnahmen	221
1.	Anwendung der Gleichstellungstheorie	221
a)	Unwirksamkeit der Zuordnung in nicht übergehende wirtschaftliche Einheit	222
b)	Wirksamkeit der Zuordnung in übergehende Einheit außerhalb von austauschenden Zuordnungen	223
c)	Wirksamkeit der Zuordnung in übergehende Einheit bei Vornahme einer austauschenden Zuordnung	224
aa)	Gesetzesergehung als Unterfall der Gesetzesumgehung	224
(i)	Begriff der Gesetzesergehung	224
(ii)	Anwendung auf Austauschzuordnung	225
bb)	Austauschende Zuordnung als einheitliches Rechtsgeschäft (§ 139 BGB)	225
(i)	Voraussetzungen des einheitlichen Rechtsgeschäfts (§ 139 BGB)	226
(ii)	Anwendung auf Austauschzuordnung	226
cc)	Ergebnis	227
d)	Behandlung von Konkurrenzsituationen	227

Inhaltsverzeichnis

aa)	Konkurrenzsituation bei Vorliegen einer Austauschzuordnung	227
(i)	Auflösung der Konkurrenzsituation nach Wertung des § 162 BGB?	228
(ii)	Vornahme einer personellen Auswahl nach sozialen Gesichtspunkten (§ 242 BGB, § 106 S. 1 GewO)	229
(iii)	Ergebnis	231
bb)	Konkurrenzsituation bei Fortführung einer Teilmenge von Arbeitsplätzen durch den Erwerber	231
e)	Ergebnis	232
2.	Zeitliche Begrenzung der Geltendmachung	233
3.	Weitere Rechtsfolgen: Schadensersatzansprüche des Erwerbers bei unwirksamer Zuordnung	234
a)	Erste Fallgruppe: Veräußerer handelt im Einvernehmen mit dem Erwerber	235
b)	Zweite Fallgruppe: Veräußerer handelt nicht im Einvernehmen mit dem Erwerber	235
4.	Prozessuale Fragen	236
a)	Passivlegitimation	236
b)	Darlegungs- und Beweislast	238
IV.	Anwendung auf Sachverhalt der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 21. Februar 2013 (8 AZR 877/11)	239
1.	Fehlerhafte Annahme einer nachträglichen Zuordnung	239
2.	Keine zweckwidrige Beeinträchtigung einer durch § 613a BGB geschützten Rechtsposition	239
F.	Folgen für die arbeitsrechtliche Praxis und mögliche Handlungsalternativen	241
I.	Praktische Handlungsempfehlungen	241
1.	Vorrangig anzustrebende einvernehmliche Zuordnungsregelung zwischen Veräußerer, Erwerber und Arbeitnehmer	241
2.	Subsidiarität einseitiger Zuordnungen durch Direktionsrecht	243
a)	Zeitliche Planung	243
b)	Regelung von Versetzungsklauseln im Arbeitsvertrag	244
c)	Nachweis der Organisationsentscheidungen	244

3. Vereinbarungen im Innenverhältnis zwischen Veräußerer und Erwerber	244
II. Handlungsalternativen zur einseitigen Zuordnung durch Direktionsrecht	245
1. Zuordnung von Arbeitnehmern nach § 323 Abs. 2 UmwG	246
a) Die Anwendung von § 323 Abs. 2 UmwG in Betriebsübergangssachverhalten	247
aa) Einschränkung der Regelungskompetenz durch § 324 UmwG, § 613a BGB	247
bb) Anwendung auf Zweifelsfälle	249
cc) Ergebnis	250
b) Möglichkeit der freien Zuordnung durch Interessenausgleich bei getrennten Betriebs- und Unternehmensspaltungen	250
aa) Entscheidungen des LAG Schleswig-Holstein (5 Sa 437/14; 5 Sa 414/15; 4 Sa 28/15 u. a.) und des LAG Hamburg (6 Sa 54/16; 6 Sa 76/16 u. a.)	252
bb) Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 19. Oktober 2017 (8 AZR 63/16)	254
cc) Stellungnahme	255
c) Zuordnung durch Betriebsvereinbarung nach § 323 Abs. 2 UmwG analog außerhalb des Umwandlungsrechts	258
aa) Erste Ansicht: Analoge Anwendung von § 323 Abs. 2 UmwG	258
bb) Zweite Ansicht: Keine analoge Anwendung von § 323 Abs. 2 UmwG	259
cc) Stellungnahme	260
2. Rein umwandlungsrechtliche Zuordnung im Spaltungsvertrag nach § 126 Abs. 1 Nr. 9 UmwG	261
a) Keine freie Zuordnung bei Vorliegen eines Betriebsübergangs	261
b) Verbleibender Zuordnungsmöglichkeit außerhalb von Betriebsübergangssachverhalten	262
3. Ergebnis	264
G. Fazit	266
Literaturverzeichnis	269

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. F.	alte Fassung
a. M.	am Main
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbPlSchG	Arbeitsplatzschutzgesetz
ArbR	Arbeitsrecht
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell
ArbStättV	Verordnung über Arbeitsstätten
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AÜG	Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung
AuR	Arbeit und Recht
ArbG	Arbeitsgericht
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebsberater
BBiG	Berufsbildungsgesetz
Bd.	Band
BeckRS	Beck online Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

BQG	Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
Co.	Companie
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DStR	Deutsches Steuerrecht
Ed.	Edition
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
ErfK	Erfurter Kommentar
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
ff.	(fort)folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GK	Großkommentar
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GrS	Großer Senat
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HandwO	Handwerksordnung

HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
InsO	Insolvenzordnung
JurA	Juristische Analysen
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MünchKomm	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Rechtsprechungsreport der Neuen Juristischen Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Rechtsprechungsreport der Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
OK	Online-Kommentar
OLG	Oberlandesgericht
RdA	Recht der Arbeit
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
sog.	sogenannt/e/r
StGB	Strafgesetzbuch
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
u. a.	unter anderem/und andere

Abkürzungsverzeichnis

UAbs.	Unterabsatz
UmwG	Umwandlungsgesetz
v.	von/vom
Vgl.	Vergleiche
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung